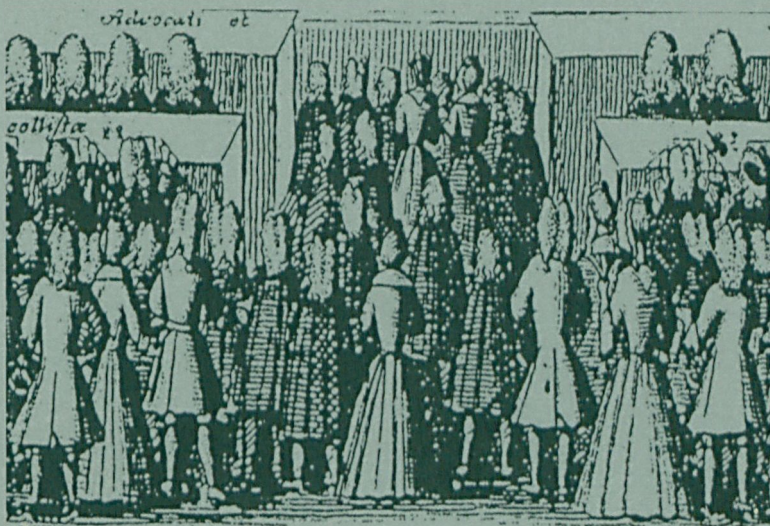


Siegrid Westphal

**Ehen vor Gericht –  
Scheidungen und ihre Folgen  
am Reichskammergericht**



GESELLSCHAFT FÜR  
REICHSKAMMERGERICHTSFORSCHUNG

*Heft 35*



*Schriftenreihe  
der Gesellschaft für  
Reichskammergerichtsforschung*

*Heft 35  
Wetzlar, 2008*







Siegrid Westphal

## **Ehen vor Gericht – Scheidungen und ihre Folgen am Reichskammergericht**

*Ergänzte Fassung  
des Vortrages vom 28. März 2007  
im Stadthaus am Dom zu Wetzlar*



NA 720931

Martin Luther bezeichnete die Ehe 1522 in seiner Schrift „Vom ehelichen Leben“ als ein „äußerlich, leiblich Ding ... wie andere weltliche Hantierung“.<sup>1</sup> 1530 konkretisiert er, es könne „niemand leucken, das die ehe ein eußerlich weltlich ding ist wie kleider und speise, haus und hoff, weltlicher obrigkeit unterworfen wie das beweisen so viel keiserliche rechte darüber gestellet.“ (Von Ehesachen) Mit diesen Worten brachte Martin Luther ein jahrhundertealtes Gebäude zum Einsturz.<sup>2</sup> Für die Kirche des Mittelalters galt der „Grundsatz der absoluten Unauflöslichkeit der vollzogenen sakramentalen Ehe, ein Grundsatz, den die scholastische Theologie formuliert hatte und der in der Kanonistik seine juristische Fassung fand. Aus dem Sakramentscharakter der Ehe leitete sich auch der kirchliche Anspruch ab, ausschließlich für die Schließung oder Lösbarkeit der Ehen zuständig zu sein.“<sup>3</sup> Dabei kannte das kanonische Recht keine Scheidung mit der Möglichkeit zur Wiederverheiratung, vielmehr wurde die Rechtsfigur der Trennung von Tisch und Bett entwickelt, wobei jedoch die Möglichkeit einer erneuten Verehelichung ausgeschlossen blieb. Mit der Leugnung des sakramentalen Charakters der Ehe durch Martin Luther hat die katholische Kirche nicht nur einen bedeutenden Macht- und Geltungsverlust hinnehmen müssen, sondern der alte kirchenrechtliche Grundsatz der Unauflöslichkeit der Ehe wurde auf diese Weise auch preis gegeben. Damit beginnt die Geschichte der Scheidung, geprägt durch eine allmähliche Säkularisierung und Liberalisierung der Scheidung.<sup>4</sup>

Heute ist die moderne Gesellschaft mit steigenden Scheidungszahlen bzw. einem erhöhten Scheidungsrisiko und einer Vielzahl von Phänomenen konfrontiert, die auf das Ende der Ehe als Form lebenslanger Partnerschaft hindeuten. Eine eigene Wissenschaft, die Scheidungsforschung als Teil der Familiensoziologie, fragt vor diesem Hintergrund nach sozialen und individuellen Ursachen von Ehescheidungen, um diese Entwicklung begreifen und nachvollziehen zu können. Erst in letzter Zeit rückt die Diskussion über die Folgen von Scheidungen stärker in den Mittelpunkt, beispielsweise jüngst im Zusammenhang mit dem neuen Unterhaltsrecht. Schlagzeilen wie „Ohnmächtige Mütter, geschröpfte Väter“ (Welt am Sonntag, 25. März 2007) oder „Liebling, ich habe den Unterhalt geschrumpft“ (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 25. März 2007) verweisen auf das hochemotionale Potential dieses Themenkomplexes. Während in den USA schon eine breite post-divorce-Forschung existiert,



die sich mit den ökonomischen, emotionalen und sozialen Folgen von Scheidungen beschäftigt, haben wir in Deutschland noch Schwierigkeiten, Scheidungen als Realität unserer Gesellschaft anzuerkennen.<sup>5</sup>

Der Beitrag will zeigen, dass seit der Reformationszeit Scheidungen zu einem legitimen Weg wurden, im Heiligen Römischen Reich deutscher Nation Ehen zu beenden. Diese Entwicklung forderte die frühneuzeitliche Gesellschaft aber mehr und mehr heraus und führte zu schweren Belastungen, nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für die Gesellschaft selbst. Denn Scheidungen stellten im Grunde die gesamte göttlich gestiftete Ordnung in Frage. Während die Forschung bisher den Fokus auf die Ursachen von Scheidungen und die Scheidungspraxis gelegt hat, soll der Blick stärker auf die Folgen von Scheidungen und damit die gesellschaftlichen Herausforderungen gelenkt werden. Dafür eignen sich die Prozesse an den höchsten Gerichten des Alten Reiches besonders gut, weil dort nicht mehr über die Scheidung an sich, sondern die daraus resultierenden Konsequenzen, vor allem in vermögensrechtlicher Hinsicht, verhandelt wurde.

Dafür werden zunächst die bisherigen Ergebnisse der Forschung vorgestellt, dann die spezifische Situation an den höchsten Gerichten beleuchtet und dabei insbesondere die Inanspruchnahme des Reichskammergerichts in Scheidungsangelegenheiten behandelt. Abschließend werden konkrete Beispiele geschildert, um zu zeigen, welche gravierenden Folgen Scheidungen in der Frühen Neuzeit hatten.

### Forschungsstand:

Die internationale Sozialgeschichte ist zumindest bei Untersuchungen der Ehegerichte und deren Rechtsprechung weit fortgeschritten. Allerdings konzentrieren sich die meisten Arbeiten auf die Eheschließung und die in diesem Kontext anfallenden Probleme, also nichteingehaltene Eheversprechen oder fehlender Konsens der Eltern, sowie die Analyse von Ehekonflikten.<sup>6</sup>

In der Regel handelt es sich dabei um einzelne Fälle. Zu nennen wären hier beispielsweise alle Arbeiten und Sammelbände, die aus dem großen Forschungsprojekt von Silvana Seidel Menchi (Trient) über Eheprozesse an bischöflichen Gerichten in Italien hervorgegangen sind.<sup>7</sup> Auch für die

reformierte Schweiz existieren bereits entsprechende Arbeiten mit einem Schwerpunkt im 16. Jahrhundert.<sup>8</sup>

Gerade in den Ländern, in denen eine Scheidung nicht oder nur unter äußerst schweren Bedingungen möglich war, ist das Thema Trennung bzw. Scheidung gut erforscht.

Eine wichtige Bedeutung besitzen die Untersuchungen von Roderick Philipps über das Frankreich der Revolutionszeit und insbesondere Rouen, die in mehreren wichtigen Arbeiten verwertet wurden.<sup>9</sup> Für England sind nicht nur die Arbeiten des „Pioniers“ Lawrence Stone zu nennen.<sup>10</sup> Auch noch in jüngster Zeit hält das Interesse am Thema Scheidung ungebrochen an. So hat kürzlich Joanne Bailey Ehen und gescheiterte Ehen im langen 18. Jahrhundert untersucht.<sup>11</sup> Die Faszination, die das Thema Scheidung für die englische Forschung besitzt, resultiert vor allem daraus, dass im frühneuzeitlichen England bei gescheiterten Ehen nur eine Trennung von Tisch und Bett, aber keine Scheidung mit der Möglichkeit zur Wiederverheiratung erlaubt war. Wie unter diesen Voraussetzungen Ehestreit bewältigt wurde bzw. welche Alternativen zur Scheidung gesucht wurden – hier sei nur auf den Frauenverkauf oder die parlamentarische Scheidung verwiesen –, all dies wirft ein faszinierendes Licht auf die frühneuzeitlichen Geschlechterbeziehungen.

Obwohl das Heilige Römische Reich deutscher Nation, kurz das Alte Reich, seit der Reformationszeit zwei unterschiedliche Konfessionskulturen und damit auch vielfältige und konkurrierende Ehegesetzgebungen aufwies, existieren jedoch nur wenige Arbeiten, die sich explizit dem Thema Scheidung widmen. Neben der bloßen Darstellung der Scheidungspraxis, vor allem in der Reformationszeit,<sup>12</sup> dominiert dabei allgemein die Frage nach den Ursachen von Scheidungen,<sup>13</sup> während die Folgen – wenn überhaupt – nur sehr marginal abgehandelt werden.<sup>14</sup>

Die bisherigen Forschungen kommen zusammengefasst zu folgenden Ergebnissen:

Die aus sozioökonomischen Gründen geschlossenen Ehen der Frühen Neuzeit funktionierten häufig nicht und gerichtliche wie außergerichtliche Trennungsbemühungen gehörten deshalb zum Alltag. Die Ehescheidung als Konfliktlösungsmöglichkeit war vertraut und wurde von der weltlichen Obrigkeit nach den üblichen Versöhnungsbemühungen durchaus bereitwillig gewährt.<sup>15</sup> Auch die Ursachen überraschen wenig:



Gewalt und Misshandlungen sowie Verschwendung häufig verbunden mit Trunksucht und der klassische Ehebruch oder auch die sogenannte „böslliche Verlassung“ finden sich über alle Stände hinweg als Ehekrisen auslösende Faktoren. In der Regel waren es schon in der Frühen Neuzeit die Frauen, die das aus ihrer Sicht unerfreuliche Eheleben beenden wollten.

In protestantischen Territorien regelten seit dem 16. Jahrhundert die Landesherren das kirchliche Eherecht in territorialen Kirchen- und Konsistorialordnungen.<sup>16</sup> Eheangelegenheiten wurden zunächst vor dem Pfarrer, dann vor dem Konsistorium oder dem Kirchenrat behandelt, in dem Theologen und weltliche Räte gleichermaßen vertreten waren. Dass sich die Ehe aber immer stärker als eine weltliche Ordnungsaufgabe abzeichnete, hat nicht nur mit dem Diktum Martin Luthers zu tun, sondern hängt auch mit den dynamischen Territorialisierungsprozessen der Frühen Neuzeit zusammen. Die weltliche Obrigkeit entwickelte ein immer stärkeres Interesse daran, krisenhafte Erscheinungen der Gesellschaft wie die Ehe über normative und administrative Steuerung in den Griff zu bekommen.<sup>17</sup> Die Forschung spricht vom „Genehmigungsvorbehalt“ der Obrigkeit, nicht nur bei Eheschließungen, sondern auch bei Scheidungen.<sup>18</sup> Die Ehe war eben kein Rechtstitel, auf den alle Anspruch hatten, sondern ein Privileg, das nur von der weltlichen Obrigkeit vergeben werden konnte. Konsequenz setzte die protestantische, weltliche Obrigkeit im Verlauf des 17. und 18. Jahrhunderts ihren Anspruch auf Rechtskompetenz in Ehesachen durch, indem sie Eheschließungs- und Scheidungsbestimmungen in die territoriale Policeygesetzgebung eingliederte.

In den katholischen Territorien wurde der Macht- und Geltungsanspruch der Kirche in der Ehegesetzgebung und Ehegerichtsbarkeit durch die Reformation zwar schwer erschüttert, aber das Trienter Konzil stützte 1563 mit dem Dekret „Tametsi“ das kanonische Eherecht. Die Schließung wie die Trennung einer Ehe unterlagen weiterhin ausschließlich der Kirche und kirchlichen Instanzen.<sup>19</sup> Dass sich aber auch katholische Obrigkeiten der Indienstnahme der Kirche zu weltlichen Zwecken nicht entziehen konnten, zeigt das von Joseph II. 1783 erlassene österreichische Ehepatent, wodurch die Ehe im katholischen Österreich vollständig zur Angelegenheit der weltlichen Obrigkeit gemacht wurde. Damit vollzogen katholische Territorien die Entwicklungen in protestantischen Territorien mit einer erheblichen zeitlichen Verzögerung nach.



Schon an der mit der Ehegesetzgebung und Ehrechtsprechung verbundenen Ordnungs- und Steuerungsfunktion lässt sich erahnen, dass auch die protestantischen Obrigkeiten lange Zeit kein Interesse daran hatten, Ehen zu scheiden, auch wenn dies theoretisch möglich war. Oberste Priorität besaß der Grundsatz, dass Ehen unbedingt erhalten werden mussten.<sup>20</sup> Dabei spielten sicherlich auch ökonomische Erwägungen eine Rolle.<sup>21</sup> Juristischer Rigorismus dominierte deshalb bis in das 18. Jahrhundert hinein die Scheidungspraxis, gekennzeichnet durch die strenge Auslegung der beiden biblischen Scheidungsgründe „Ehebruch und böswilliges Verlassen“.<sup>22</sup> Erst naturrechtliche Einflüsse führten dann zu einer Erweiterung der Klagegründe, worunter nun auch Lebensbedrohung, Verweigerung der ehelichen Pflicht oder Landesverweisung bzw. lebenslange Haft gerechnet werden konnten. Eine Scheidung auf beiderseitigen Wunsch war undenkbar, am Schuld- bzw. Verschuldensprinzip wurde lange Zeit strikt festgehalten.<sup>23</sup> Nach protestantischem Scheidungsrecht durfte nur der an der Scheidung unschuldige Teil wieder heiraten. Im 18. Jahrhundert deutete sich unter Einfluss der Aufklärung und der französischen Revolution auch hier eine Veränderung an, die 1794 im Allgemeinen Landrecht Preußens (ALR) dann zu einem liberalen Scheidungsrecht führte. Die Idee der Liebesheirat wurde intensiv diskutiert und damit zusammenhängend auch die einvernehmliche Ehescheidung aufgrund von Unverträglichkeit der Ehepartner. Eine Abkehr vom rigorosen protestantischen Scheidungsrecht hin zu einer liberaleren Haltung war die Folge. Hier ist besonders die Arbeit von Dirk Blasius über die Scheidungspraxis nach der Einführung des Allgemeinen Landrechts in Preußen im Jahre 1794 hervorzuheben.<sup>24</sup>

Er kommt zu dem Ergebnis, dass Ehescheidungen in den Territorien des ALR im frühen 19. Jahrhundert erstaunlich häufig vorkamen. Die hohen Scheidungszahlen verweisen auf die großen Spannungen und die zahlreichen Schwierigkeiten des ehelichen Lebens um 1800, die er vor allem auf sozioökonomische Probleme zurückführt. Insbesondere die Scheidung aufgrund gegenseitiger Einwilligung und wegen „unüberwindlicher Abneigung“ stellte laut Blasius eine wesentliche Neuerung des Scheidungsrechts dar. Vor allem betont er aber die Sympathie, welche die Gerichtsbehörden Ehefrauen entgegenbrachten. Unter Einbeziehung des Konzepts von der Justiznutzung ist die Rede von der zunehmenden Inanspruchnahme der Ehrechtsprechung durch Frauen und einer Frauen

begünstigenden Scheidungspraxis der Obrigkeit, weil deren Ordnungsbemühungen offenbar mit den individuellen Interessen der Frauen konform gingen. Mitte des 19. Jahrhunderts sei es jedoch in Reaktion auf die liberale Scheidungspraxis wieder zu einer deutlichen Verschärfung des Scheidungsrechts gekommen.<sup>25</sup>

Sylvia Möhle zieht dagegen für das im Kurfürstentum Hannover gelegene Göttingen für den Zeitraum von 1740 bis 1840 eine andere Schlussfolgerung.<sup>26</sup> Zwar betont auch sie die ökonomischen Verhältnisse und die Gefahr drohender Verarmung, die insbesondere bei Handwerksfamilien zu einem Wandel der Arbeitsrollen und damit verbundenen Ehekrisen geführt habe. Aber die in Göttingen praktizierte strenge Auslegung des protestantischen Scheidungsrechts stützte die eheherrliche Macht der Männer. Die weltliche und kirchliche Obrigkeit habe kein Bündnis mit der klagenden Ehefrau geschlossen, um den Ehemann zu disziplinieren, sondern habe weiterhin auf die hausväterliche Herrschaft als zentralem Ordnungselement gebaut. Ihre Arbeit ist zudem die einzige, die sich darüber hinausgehend auch mit den Folgen von Scheidungen beschäftigt.<sup>27</sup> Sie skizziert das Leben nach der Trennung ganz allgemein und liefert damit einige Hinweise, die Ausgangspunkt einer Untersuchung von Scheidungsfolgen für den protestantischen Raum sein können.

Demnach wurden Ehen hier häufig nicht sofort geschieden, sondern auch von protestantischen Ehegerichten eine Trennung von Tisch und Bett im selben oder in getrennten Haushalten verordnet. Nach einem bis drei Jahren wurde ein erneuter Versöhnungsversuch durch die territoriale Ehegerichtsbarkeit gestartet, nach dessen Scheitern erst die völlige Scheidung ausgesprochen werden konnte.

Entscheidend war das Schuldprinzip auch für die vermögensrechtliche Seite der Scheidung. „Ein Schuldspruch mit völliger Trennung der Ehe hatte für Frauen neben dem Verbot der Wiederverheiratung den Verlust ihres Brautschatzes, d.h. gewöhnlich ihres gesamten Besitzes zur Folge.“<sup>28</sup> Schuldig gesprochene Frauen waren deshalb auch selten in der Lage, die Gerichtskosten oder die Strafe für Ehebruch zu zahlen. Und selbst, wenn das Verbot der Wiederverheiratung durch Gnadenerweis aufgehoben wurde, besaßen sie aufgrund einer fehlenden Mitgift eine schwierige Position auf dem Heiratsmarkt. Wenn sie ihren Lebensunterhalt nicht selbst verdienen konnten, dann gerieten sie ins soziale Abseits. Männer waren dazu verpflichtet, schon während des Prozesses und der Trennung



von Tisch und Bett Alimente und einen Prozesskostenvorschuss an die Frau zu zahlen, selbst wenn diese Ehebruch begangen hatte.<sup>29</sup> Wenn der Mann der Schuldige war, verlor auch er einen Teil seines Vermögens. Nach der Scheidung mussten Männer Frau und Kinder angemessen ernähren. Obwohl die Kinder rechtlich dem Vater zustanden, wurden sie bei männlichem Fehlverhalten häufig von der Mutter erzogen. Verbreitet findet sich auch die Regelung, dass die Jungen vom Mann und die Mädchen von der Frau erzogen werden sollten, wobei der schuldlos geschiedenen Frau dafür Unterhalt vom Mann zustand. Jedenfalls zählten jahrelange Verhandlungen über die Zahlung von Alimente zum Alltag an den Ehegerichten.

Bei den von Sylvia Möhle vorgestellten Maßnahmen handelt es sich teilweise um normative Regelungen auf territorialer Ebene, die nichts über die soziale Praxis aussagen. Zahlreiche Zahlungsaufforderungen und Bittschriften, die sich in den Göttinger Akten fanden, weisen jedoch darauf hin, dass insbesondere Frauen große Schwierigkeiten hatten, ihre vermögens- und unterhaltsrechtlichen Ansprüche gerichtlich durchzusetzen. Das Fazit von Sylvia Möhle lautet: Frauen nahmen sich durchaus als Opfer von Scheidungen wahr. Insbesondere, wenn sie schuldig gesprochen wurden, bedeutete die Scheidung für sie „Verlust ihrer Kinder, Verlust ihres Besitzes, Verlust des sozialen Status“.<sup>30</sup>

Die jüngsten Arbeiten zum Thema Scheidung legen einerseits einen kulturhistorisch ausgerichteten Schwerpunkt auf die Innenwelt der Beziehung und die Betrachtung von handlungsleitenden Werten und kulturellen Orientierungen in ehelichen Krisensituationen.<sup>31</sup> Dabei stehen am Beispiel der im westlichen Holstein gelegenen Propstei Münsterdorf (1650–1770) vor allem die unteren Schichten der Bevölkerung im Zentrum. Andererseits rückt nun mit der Untersuchung von Scheidungsfällen im Adel ein Stand ins Blickfeld, der bei den bisherigen Analysen von Ehekonflikten nur am Rande eine Rolle gespielt hat. Dies hängt vor allem mit dessen spezifischer Rechtssituation und den Besonderheiten des adeligen Familienrechts zusammen.<sup>32</sup> Von der Herrschaft sichernden standesgemäßen Ehe, der unstandesgemäßen Ehe, über das Mätressentum bis hin zu Ehen linker Hand reichte hier das Spektrum möglicher Geschlechterbeziehungen. Vor diesem Hintergrund besitzen Scheidungen einen völlig anderen Stellenwert, der von der Forschung noch auszuloten ist.



## Scheidungen an den höchsten Gerichten des Alten Reiches:

Ehegesetzgebung und Eherechtsprechung waren also eine territoriale Angelegenheit, sie wurden vor territorialen Gerichten verhandelt und waren durch die beiden Konfessionskulturen unterschiedlich ausgeprägt. Dennoch verweist die Sekundärliteratur zur höchsten Gerichtsbarkeit an vereinzelt Stellen darauf, dass Eheangelegenheiten durchaus an den höchsten Gerichten verhandelt wurden. An dieser Stelle sei nur kurz auf die Dissertation von Hans Seehase über Ehesachen vor dem Reichskammergericht verwiesen, die allerdings nicht auf Scheidungen eingeht.<sup>33</sup> Aber auch Bernhard Diestelkamp stellt in seinem 1995 erschienenen Standardwerk über „Rechtsfälle aus dem Alten Reich“ einen „Ehezweist im Hause von Diez nebst Trennung von Tisch und Bett“ vor.<sup>34</sup> Weitere Fälle finden sich in Aufsätzen von Irene Jung, Manfred Hörner und in einem neueren Sammelband, herausgegeben von Siegrid Westphal.<sup>35</sup>

Obwohl die höchsten Gerichte eigentlich nicht für Scheidungen zuständig waren, gelangten offenbar auf verschiedenen Wegen Klagen an sie, die Scheidungen bzw. deren Folgen zum Inhalt hatten. Diese Klagen können als ein Höhepunkt schon jahrelang laufender Auseinandersetzungen gesehen werden, die in einem höchstgerichtlichen Verfahren eskalierten. Die Prozessakten zeichnen also über einen längeren Zeitpunkt die Entwicklungen nach einer Scheidung nach und können somit Scheidungsfolgen sichtbar machen.

## Quantitative Befunde:

Zwei Fragen gilt es in diesem Zusammenhang zunächst zu klären:

1. Wenn die höchsten Gerichte nicht für Scheidungen zuständig waren, auf welchem Wege konnten dort dennoch Scheidungsangelegenheiten behandelt werden?
2. Um welche konkreten Probleme handelte es sich dabei?

Zu Punkt 1:

1. In der Mehrheit der bekannten Fälle handelt es sich um eine Appellation, ein deutlich kleinerer Anteil besteht aus Mandatsprozessen. Das spiegelt sehr deutlich wider, dass Scheidungen nicht in die Zuständigkeit der höchsten Gerichte fielen, sondern diese Prozesse vor ter-

ritorialen Instanzen verhandelt wurden, gegen deren Entscheidungen die Parteien allenfalls am Reichskammergericht oder Reichshofrat appellieren konnten. Das heißt aber auch, dass die eigentliche Scheidung nicht mehr thematisiert werden durfte, weil die Vorinstanzen schon darüber entschieden hatten. Es konnte also im weitesten Sinne nur um die Überprüfung des erstinstanzlichen Verfahrens an sich gehen.<sup>56</sup> Bei den Appellationen stehen zwar verfahrensrechtliche Streitgegenstände im Vordergrund, aber Scheidungsfälle bilden immer den Ausgangspunkt des Verfahrens.

2. Informationen über Scheidungen an den höchsten Gerichten des Alten Reiches können aber auch gewonnen werden, wenn eine Scheidung nicht Ausgangspunkt eines Verfahrens bildete, sondern strittige obrigkeitliche Jurisdiktionsrechte den eigentlichen Streitpunkt darstellten. Da die Ehegerichtsbarkeit ein zentrales obrigkeitliches Jurisdiktionsrecht bildete, kam es aufgrund der starken territorialen Verflechtungen in der Frühen Neuzeit immer wieder dazu, dass zwei Territorialherren um die Ehegerichtsbarkeit stritten und deshalb auch in erster Instanz am Reichskammergericht oder Reichshofrat vorstellig wurden. Zum Beweis des Rechtsanspruchs wurden häufig Abschriften aus den territorialen Ehegerichtsakten beigelegt, die Aufschluss über das Scheidungsverhalten unterer und ärmerer Bevölkerungsschichten geben.
3. Scheidungen konnten in Reichsgerichtsverfahren aber auch thematisiert werden, um den Prozessgegner moralisch zu diskreditieren. Dann handelte es sich um eine Parteistrategie und eine einseitige Wiedergabe eines Scheidungsverfahrens in anderen Kontexten.
4. In zwei Fällen war es jedoch möglich, Scheidungen bzw. Scheidungsfolgen erstinstanzlich an der höchsten Gerichtsbarkeit zu verhandeln, nämlich wenn es sich um den Scheidungsfall eines Gerichtsangehörigen oder eines Reichsstandes handelte.

Zu Punkt 2:

Eine stichprobenartige Auswertung verschiedener Inventare der Reichskammergerichtsakten in deutschen Staatsarchiven erbrachte für die Zeit von 1500 bis 1800 rund 50 Fälle, bei denen das Thema Scheidung explizit eine Rolle spielte.<sup>57</sup> Es handelt sich also kaum um ein zentrales Thema, sondern besitzt einen quantitativ eher geringen Stellenwert.<sup>58</sup> Nichtsdestotrotz ergeben sich wichtige Einsichten in die



Geschichte der Scheidung. Betrachtet man beispielsweise das Sample der Fälle genauer, lassen sich folgende Tendenzen feststellen:

Erste Beobachtung: Ein deutlicher zeitlicher Schwerpunkt von Scheidungsfällen (18 von 50) liegt in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, also in dem Zeitraum, in dem sich unter Einfluss von Naturrecht und Aufklärung ein fundamentaler Wandel im Eheverständnis abzeichnete. Die anderen Scheidungsfälle am Reichskammergericht verteilen sich relativ gleichmäßig über die Jahrhunderte.

Zweite Beobachtung: Die Gruppe der Kläger stammte zu rund zwei Dritteln aus dem bürgerlichen bzw. städtischen Umfeld, ein Drittel dagegen aus dem Adel, und zwar vor allem dem niederen Adel. Lediglich sechs Personen lassen sich dem ländlichen Bereich zuordnen, wobei es sich wohl auch hier überwiegend um vermögende Personen handelte. Nur insgesamt zwei Personen beantragten das Armenrecht, zwei Parteien gehörten der jüdischen Lebenswelt an. Diese Verteilung demonstriert relativ klar, dass sich nur vermögende Parteien eine Appellation oder ein Mandat in Scheidungssachen am Reichskammergericht leisten konnten bzw. dass bei diesen Parteien ausreichend Vermögen vorhanden war, um das sich das Prozessieren lohnte.

Dritte Beobachtung: Untersucht man die Gruppe der Kläger nach geschlechtergeschichtlichen Kriterien, zeigt sich ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Männern (20) und Frauen (15 und 6 in Vormundschaft). Dies deutet keineswegs daraufhin, dass die unteren Instanzen besonders frauen- oder männerfreundlich entschieden und an geschlechtergeschichtlich ausgerichteten Allianzen interessiert waren, wie die Forschungen von Blasius oder Möhle zeigen.

Vierte Beobachtung: Sieht man sich nun die strittigen Themenfelder an, lassen sich auch hier verschiedene Schwerpunkte ausmachen. Da es sich in der Regel überwiegend um Appellationen (32) oder Mandate (15) handelte, bildeten juristisch gesehen verfahrensrechtliche Belange den eigentlichen Streitgegenstand. Entweder wurde um die Vollstreckung bzw. Exekution untergerichtlicher Entscheidungen gebeten oder Widerspruch gegen die Vollstreckung eingelegt. Es wurde um Fragen der Zuständigkeit gerungen oder verweigerte Justiz geltend gemacht. Häufig findet sich die Bitte um „restitutio in integrum“, also die Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand. Bei Mandatsklagen ging es vor allem darum, mit Hilfe einer Art einstweiligen Verfügung nach-



teilige Veränderungen der Situation zu unterbinden oder wieder rückgängig zu machen.<sup>39</sup> Trotz dieser eigentlichen Streitgegenstände offenbaren die Akten jedoch vielerlei Einsichten in Scheidungsverfahren und die daraus resultierenden Folgen. Entsprechend der Zuständigkeit des Reichskammergerichts stehen dabei klar die vermögensrechtlichen Fragen im Zentrum. Stichworte sind hier Unterhaltsleistungen, die Aufteilung des Vermögens oder der Streit um Einkünfte aus dem ehemals gemeinsamen Vermögen, die Herausgabe des Heiratsgutes an die Frau und auch Erbstreitigkeiten. Besonders erbittert wurde darum gestritten, wenn geschiedene Ehepartner für Schulden des Expartners haftbar gemacht wurden. Interessant ist natürlich auch, über was vor dem Reichskammergericht nicht gestritten wurde. Es ging nicht mehr um die Scheidung selbst oder die Suche nach dem Schuldigen am Scheitern der Ehe. Religiös-moralische Beurteilungen wurden von den Vorinstanzen getroffen, das Reichskammergericht war dagegen mit den daraus resultierenden Folgen konfrontiert. Auch die Frage, wer die Kinder bekommen sollte, stand nicht im Zentrum.

### Fallbeispiele:

Drei ausgewählte Beispiele sollen nun im letzten Teil illustrieren, welche Aussagen über Scheidungen in der Frühen Neuzeit am Beispiel von Reichskammergerichtsakten gewonnen werden können.<sup>40</sup> Jedes Beispiel steht dabei für einen spezifischen Stand der frühneuzeitlichen Gesellschaft und gleichzeitig für ein bestimmtes Verfahren am Reichskammergericht. Bei den ersten beiden Beispielen bilden Scheidungen nicht den Ausgangspunkt des Verfahrens am Reichskammergericht, beim letzten Beispiel steht die Scheidung im Zentrum. In allen Fällen handelt es sich jedoch um Beispiele, die nicht nur Einblicke in die Zeit nach der Scheidung geben können, sondern auch die gravierenden vermögensrechtlichen und sozialen Folgen verdeutlichen.

*Erstes Beispiel:* Das erste Beispiel behandelt einen Streit zwischen dem Fürsten Carl Albrecht von Hohenlohe-Schillingsfürst und dem Bürgermeister bzw. Rat der Reichsstadt Rothenburg ob der Tauber vom Ende des 18. Jahrhunderts.<sup>41</sup> Im Zentrum des Mandatsprozesses stand die Auseinandersetzung um die Landes- und Kirchenhoheit über die rothenbur-

gischen Vogteiuntertanen im Oberamt Schillingsfürst. Als Beispiel der Einmischung der Stadt Rothenburg in die fürstlichen Jurisdiktionsrechte werden verschiedene Scheidungsprozesse aus der ländlichen Lebenswelt angeführt.

In den Beilagen finden sich deshalb Abschriften von Protokollen des Hof- und Justizrats zu Schillingsfürst.<sup>42</sup> Daraus geht beispielsweise hervor, dass am 28. September und 15. November 1780 der Fall Anna Maria Körber gegen ihren Ehemann Johann Michael Neber, Bestandsbauer zu Diebach, wegen Ehebruchs dort verhandelt worden war. Die Eheleute hatten sich getrennt, die Frau lebte wieder bei ihrem Vater und wollte die Scheidung von ihrem Mann. Auf Befragen des Hof- und Justizrates gab sie an, dass ihr Mann nur kurz bei ihrem Vater auf dessen Hof in Diebach Knechtdienste abgeleistet, sich dann aber woanders verdingt habe und nicht wieder zu ihr gekommen sei. Während seines Fortseins habe er sich mit einer anderen Magd eingelassen, die mit ihm sogar verwandt sei. Aus diesem Ehebruch sei ein Kind hervorgegangen, für das er die Vaterschaft anerkannt habe. Dies sei die Ursache dafür, dass sie mit ihm nicht mehr zusammenleben wolle. Überdies sei er ein liederlicher Mensch, saufe sich alle Woche etliche Räusche an und verschwende das Seinige. Ihr Vater sei auch dagegen, dass sie ihm verzeihen solle. Sie könne sich ohnehin nicht dazu entschließen. Sie habe außerdem anstatt der versprochenen 700 Gulden nur 400 Gulden bei der Verheiratung erhalten.

Der Mann wurde daraufhin vom Hof- und Justizrat wegen der sogenannten Selbstscheidung<sup>43</sup> – ein außergerichtlicher Vergleich, der einer rechtswidrigen Trennung gleichkam – befragt: „Er gedencke seine Frau zu behalten, sie habe sich auch schon einmahl durch den Friederich Wengert gegen ihne verlauten lassen, daß sie ihne seines ersteren Vergehens ungeachtet behalten wolle; Jhr Vatter aber seye gar entgegen, wann er nur die Gnade haben könnte, daß man seiner Frau von seinem letzten anheute erst einbekannten Vergehen nichts bekandt mache; so mögte doch seyn, daß er selbe wieder zu sich bringe, und mit Jhr leben und hausen könne.“<sup>44</sup> Seinen Wunsch begründete er damit, dass er bei "seinem Gewörb ohnmöglich ohne Frau subsistiren" könne.<sup>45</sup> Gerade in den unteren Bevölkerungsschichten war das von Heide Wunder sogenannte Arbeits- und Ehepaar die Regel und sicherte die Existenzgrundlage.<sup>46</sup> Eine Scheidung unterhöhlte nicht nur die gesellschaftliche Ordnung, sondern stellte neben der emotionalen Belastung auch eine exi-





stenzgefährdende Bedrohung für die Betroffenen dar.<sup>47</sup>

Die Hoffnungen des Mannes auf Aussöhnung wurden jedoch enttäuscht. Trotz nochmaliger Befragung und starken Insistierens durch die fürstlichen Räte blieb die Frau bei ihrer Haltung. Beide Ehepartner wurden abschließend befragt, ob sie nach dem ersten und letzten Ehebruch noch einmal miteinander geschlafen hatten, denn dies wäre einer Veröhnung gleichgekommen. Beide verneinten jedoch und wurden von den fürstlichen Räten gerügt, dass sie die landesherrliche Kompetenz umgangen hatten, indem sie nach Rothenburg gegangen waren. Der Rothenburger Scheidungsbrief wurde kassiert und durch den landesherrlichen Scheidungsbrief ersetzt. Die Ehe wurde schließlich aufgrund doppelten Ehebruchs des Mannes, seines üblen Lebenswandels und weil er ein schlechter Haushälter sei und ihn seine Ehefrau nicht mehr zur Ehe haben wolle, am 14. Dezember 1780 geschieden. Dem unschuldigen Teil, in diesem Falle der Frau, wurde erlaubt, sich wieder zu verheiraten.

Das genannte Prozessbeispiel bestätigt für den ländlichen Raum die von Sylvia Möhle für Göttingen gemachten Beobachtungen bezüglich des Verfahrens und der Scheidungsgründe. Die Ehescheidung als Konfliktlösungsmöglichkeit war auch hier vertraut und wurde von der weltlichen Obrigkeit nach den üblichen Versöhnungsbemühungen durchaus bereitwillig gewährt.<sup>48</sup> Zu offensichtlich waren die Vergehen des Mannes, als dass man den Scheidungswunsch der Frau hätte ablehnen können. Damit bieten Auseinandersetzungen über strittige Jurisdiktionsrechte am Reichskammergericht durchaus interessante Einsichten in Scheidungsverfahren unterer Instanzen, vermitteln aber keine Erkenntnisse über die Einstellung der höchsten Gerichtsbarkeit zu Scheidungen und Scheidungsfolgen.

*Zweites Beispiel:* Beim zweiten Beispiel dienen detaillierte Informationen über den Lebenswandel des Klägers dazu, dessen Integrität und Ansehen in Frage zu stellen. Dabei kam es zu einer massiven moralischen Aufladung des Verfahrens, die von Seiten der beklagten Partei ausging. Zudem zeigt dieses Verfahren in exemplarischer Weise die besonderen Probleme, die Scheidungen für den Adel haben konnten, da für diesen Stand die Ehe zentrale strategische Bedeutung besaß. Bei der Auswahl des Ehepartners ging es nicht nur um sozioökonomische, sondern auch um dynastische und politische Gesichtspunkte. Eheschließungen innerhalb des Adels hatten in erster Linie eine Mehrung des Ansehens und die



Sicherung der Dynastie zum Ziel, persönliche Gesichtspunkte waren diesen Interessen unterzuordnen.<sup>49</sup> Die sich daraus ergebenden emotionalen Spannungen konnten sich zu einer „Ehehölle“ entwickeln, aus der es – zumindest für den Mann – in Grenzen tolerierte Auswege gab.<sup>50</sup> Während von den Frauen eine keusche und tugendhafte Lebensweise erwartet wurde, wurde der Ehebruch des Mannes stillschweigend geduldet und durch das Mätressenwesen quasi institutionalisiert.<sup>51</sup> Unstandesgemäße Beziehungen, die Ehe zur linken Hand oder Mehrfachehen sind weitere Formen von Geschlechterbeziehungen des Adels, die jedoch für die Dynastien eher Belastungen darstellten und in der Regel zu schweren Auseinandersetzungen führten.<sup>52</sup> Für adlige Frauen gab es dagegen so gut wie keine tolerierte Alternative, einer zerrütteten Ehe zu entfliehen.<sup>53</sup> Weiblicher Ehebruch stellte die legitime Kontinuität der Dynastie in Frage und wurde deshalb schwerer geahndet als der Ehebruch des Mannes.

Was blieb, war für den katholischen Adel eine Trennung von Tisch und Bett bzw. für den protestantischen Adel eine Scheidung. Aber selbst wenn das Verhalten des Ehemannes eine schwere Demütigung darstellte und dem Ansehen der Frau und der Dynastie schadete, scheuten Frauen vor diesem Schritt zurück, weil sie um ihre Witwenversorgung, ihr Ansehen und ihre gesellschaftliche Existenz fürchteten. Schuldhaft geschiedene adlige Frauen verloren sogar „alle Ansprüche auf einen weiteren standesgemäßen Unterhalt, auf alle in die Ehe eingebrachten Güter (Mitgift, Aussteuer) sowie auf die von der Mannesseite anlässlich der Eheschließung gegebenen Widerlage und Morgengabe“.<sup>54</sup> Deshalb ist es gar nicht so selten, dass insbesondere Männer des Adels versuchten, ihren Frauen auf vielerlei Wegen die Schuld am Scheitern der Ehe anzulasten, um deren Versorgungsansprüche zu unterlaufen.

Weil mit den Scheidungen von Adligen nicht nur die Belange von zwei Familien bzw. Dynastien betroffen waren, sondern damit auch politische Konsequenzen verbunden sein konnten, sind gerade für den Adel längere Vermittlungsphasen und verstärkte Versöhnungsversuche durch verschiedene Parteien und Institutionen charakteristisch. Prinzipiell funktionierte das Scheidungsverfahren aber ähnlich wie bei nichtadligen Ehepartnern. Auch hier ging es in erster Linie darum, die Ehe zu erhalten und die Situation zunächst durch eine Trennung von Tisch und Bett zu entspannen, wobei in der Regel die Frau auf einem Nebengut oder einem städtischen Adelssitz der Familie untergebracht wurde und auf Kosten

des Mannes einen eigenen Haushalt führen konnte. Falls sich die Ehe nicht mehr retten ließ, bildete bei protestantischen Adligen schließlich die Ehescheidung den letzten Akt eines längeren Auflösungsprozesses. Es galten die protestantischen Ehescheidungsgründe, die ebenfalls erwiesen sein mussten. Konsistorien und gegebenenfalls Gutachten von juristischen und theologischen Fakultäten bildeten den rechtlichen Rahmen. Ein besonderes Problem beim reichsunmittelbaren protestantischen Adel stellte jedoch die Selbstscheidung dar.<sup>55</sup> Bei einem protestantischen Landesherrn, der gleichzeitig oberster Kirchenherr in seinem Territorium war, bestand immer die Gefahr, dass er bei einer Scheidung in eigener Sache Einfluss auf die zuständige Institution zu seinen Gunsten ausüben könnte. Nicht zuletzt deshalb beanspruchte der Kaiser bei Scheidungsbegehren von protestantischen Reichsunmittelbaren die zuständige Instanz zu sein.<sup>56</sup> Auch wenn darüber innerhalb der Reichspublizistik und unter Rechtsgelehrten heftige Debatten geführt wurden, gelangte auf diese Weise eine Reihe von strittigen Scheidungsbegehren an die höchste Gerichtsbarkeit und speziell an den Reichshofrat. Üblicherweise führte dann aber nicht der Reichshofrat selbst das Verfahren durch, sondern setzte entweder eine Reichshofratskommission ein, die den Fall vor Ort klären sollte oder schickte die Vorakten an eine juristische Fakultät, um Gutachten einzuholen.<sup>57</sup>

Dass für den Adel Scheidungen auch politische Folgen haben konnten, zeigt der folgende Beispielfall besonders eindrücklich. Ausgangspunkt des Verfahrens bildete keinesfalls eine Scheidungsklage, sondern eine durch den Ritterkanton Steigerwald angedrohte und schließlich durchgeführte Exekution wegen Steuerschulden (78 Gulden), Kanzleigebühren und Exekutionskosten.<sup>58</sup> Der betroffene Carl Friedrich Freiherr von Crailsheim war hoch verschuldet, sah in der Exekution jedoch eine unrechtmäßige Vorgehensweise und klagte dagegen 1769 am Reichskammergericht.<sup>59</sup> Er beschuldigte den Ritterkanton der willkürlichen Gebührenforderungen. Daraufhin betonte der Ritterkanton die Rechtmäßigkeit seiner Forderungen und warf dem Kläger einen unangemessenen und liederlichen Lebenswandel sowie permanente Renitenz gegenüber den Anordnungen des Ritterkantons vor, eine Strategie, um die Position des Klägers zu schwächen. Bei dieser Strategie spielten gleich zwei Scheidungen des Freiherrn von Crailsheim eine besondere Rolle, über die in den Parteischriften und Beilagen ausführlich berichtet wird und die teil-



weise das bis 1782 dauernde Verfahren am Reichskammergericht dominierten.<sup>60</sup>

Der Ritterkanton warf seinem Mitglied, dem Freiherrn von Crailsheim vor, dass er nach dem Tod seiner ersten Ehefrau zwar wieder standesgemäß geheiratet habe, die Ehe aber – trotz mehrmaliger Versöhnungsversuche durch den Ritterkanton – sehr schnell gescheitert sei. Schuld daran soll der Freiherr sein, der seine zweite Ehefrau nur deshalb so schnell weggeschafft habe, „um nemlich seines Altenschönbachers Jägers Tochter ... zu sich ins Schloß nach Fröhestockheim zu nehmen, welches dann auch gleich nach Abzug vorgedacht seiner 2ten Ehe-Consortin geschehen, und der Baron von Craylßheim sich mit jener Dirne durch mit derselben unter andern unternommenes Herumfahren in benachbarte Orthschafften und Wirthshäüßer, auf das schändlichste prostituirt, derselben, da er sie mit sich über Tisch essen lassen, das Zimmer und den herrschafftlichen Kirchenstand zu Fröhestockheim eingegeben, die Kleidung von seiner ersten verstorbenen Ehe Consortin, einer gebornen Freyin von Lyncker, zum Schaden seiner mit letzterer erzeugten Kinder, angehänget, und überhaupt selbigen durch sein üble Aufführung das größte Ärgernis gegeben hat, ...“<sup>61</sup> Die Ritterschaft habe ihn mehrmals ermahnt. Er habe sich aber nicht daran gehalten und sein schändliches Leben entgegen der Ritterordnung fortgesetzt.

Im letztlich durch Mithilfe des Ritterkantons erzielten Vergleich, der zunächst die Trennung des Ehepaares von Tisch und Bett regelte, sei festgesetzt worden, dass die zweite Ehefrau auf einem Nebengut eine eigene Haushaltung errichten und dafür jährlich 600 Rheinische Gulden in vier Raten erhalten solle.<sup>62</sup> Das Geld sei aber nicht gezahlt worden. Er habe sich vielmehr sehr unanständig und schändlich gegenüber seiner Frau gezeigt und trotz mehrmaliger richterlicher Verfügungen nicht gezahlt, bis eine Exekution ausgewirkt worden sei. Seine zweite Ehefrau sei aber so zermürbt (defatigiret) worden, dass sie sich zu einer völligen Scheidung mit einer Abfindungssumme von 6000 Gulden einverstanden erklärt habe, „um nur noch mehren Verdruß und Kummer auszuweichen.“<sup>63</sup>

Aus den Beilagen, insbesondere den Kopien von Briefen der zweiten Frau von Crailsheim an Familienmitglieder oder den Ritterkanton wird deutlich, dass sie zunächst weniger unter der finanziellen Situation als unter dem ungebührlichen Verhalten des Freiherrn litt. Vor allem das öffentliche Auftreten des Freiherrn mit seiner Geliebten, der sogenannten

Löppertin, und deren Behandlung als standesgemäße Person riefen ihre Empörung hervor. In der Regel spricht die Freifrau von ihr nur als „das Mensch“, eine typische Bezeichnung für Frauen zur moralischen Diskreditierung.<sup>64</sup> Auffällig sind vor allem die detaillierten Schilderungen der Kleidungsstücke, welche die Geliebte aus dem Nachlass der ersten verstorbenen Frau von Crailsheim getragen haben soll. Hier zeigt sich die besondere Bedeutung von Kleidung als soziales Distinktionskriterium, was vor allem für den Adel eine hervorgehobene Rolle spielte.<sup>65</sup> Mit dem Tragen von Kleidungsstücken einer Adelligen maßte sich die Geliebte in den Augen der Umwelt einen Status an, der ihr in der ständischen Gesellschaft nicht zustand. Durch ihr Äußeres, aber auch durch ihr Verhalten an zentralen öffentlichen Orten wie dem Schloss, dem Dorf, dem Wirtshaus oder der Kirche störte sie das subtile Ranggefüge der frühneuzeitlichen Gesellschaft aufs Empfindlichste.

Nach der Scheidung von der zweiten Frau (1766) setzte der Freiherr sein Verhältnis mit der Löppertin fort, heiratete aber offenbar auf Druck des Ritterkantons und der Familie 1769 ein drittes Mal ein standesgemäßes Fräulein von Hanstein. In der Beziehung scheint es schon kurz nach der Trauung zu massiven Unstimmigkeiten gekommen zu sein, schenkt man den Aussagen Crailsheims Glauben und sieht darin kein Manöver, seiner Frau die Schuld am Scheitern der Ehe zuzuschieben. Der Freiherr warf seiner Ehefrau Ehebruch mit einem Reiter vor, setzte deswegen eine Untersuchungskommission ein und verstieß sie, worauf diese sich zunächst an den Ritterkanton und schließlich an den Reichshofrat wandte.<sup>66</sup> Ihr Wunsch war es, den ärgerlichen Lebenswandel ihres Mannes offenzulegen, damit die ihr gemachten Vorwürfe entkräftet und eine rechtmäßige Scheidung ermöglicht würde. Auch der Ritterkanton erstattete offiziell Anzeige gegen den Freiherrn beim Kaiser, wobei er nicht nur das ungebührliche Verhalten Crailsheims monierte, sondern auch dessen Nachlässigkeiten bei der Erziehung der Kinder aus erster Ehe sowie dessen permanente Renitenz gegenüber dem Ritterkanton.<sup>67</sup> Der Reichshofrat untersagte ihm daraufhin am 6. November 1770 dieses Verhalten und drohte ihm bei weiteren Übertretungen die in der Ritterordnung dafür vorgesehene Bestrafung an, die letztlich den Verlust der Güter und der Reichsstandschaft vorsah.<sup>68</sup>

Zudem wurde der Ritterkanton mit einer Untersuchung der Vorwürfe gegen den Freiherrn beauftragt. Auf einen Bericht des Kantons hin erfolg-



te schließlich die Scheidung von der dritten Frau. Gleichzeitig forderte der Reichshofrat den Ritterkanton dazu auf, eine Spezialinquisition gegen die Löppertin durchzuführen, die schließlich die Vorwürfe der dritten Ehefrau bestätigte. Es ging vor allem um die Frage, ob die bereits vorhandenen vier Kinder der Löppertin während einer der Ehen oder zwischen den Ehen des Freiherrn gezeugt worden waren. Zumindest in einem Fall, beim letzten Kind, traf der Vorwurf der Unzucht zu. Deshalb verurteilte der Reichshofrat den Freiherrn am 16. Juli 1771 zu vier Monaten und seine Geliebte zu vier Wochen Festungshaft, die der Ritterkanton vollstrecken sollte. Der Löppertin wurde zudem auferlegt, nach Abbüßung der Gefängnisstrafe einen Eid abzulegen, die Crailsheimischen Güter nie mehr zu betreten und jeglichen Kontakt mit dem Freiherrn zu meiden.

Der Freiherr zeigte sich reumütig und bat darum, die Gefängnisstrafe zumindest in eine Geldstrafe umzuwandeln.<sup>69</sup> Als Begründung gab er an, dass diese Art des Verbrechens beim Adel „sehr gemein“ geworden sei. Vor allem zeigte er Unverständnis darüber, dass man ihm ein solches Verhältnis überhaupt zum Vorwurf machte. Weil der Freiherr damit aber offenbar auf einen immer deutlicher ins Bewusstsein der Öffentlichkeit tretenden Wertewandel verwies, der nicht im Sinne des Kaisers lag, lehnte es der Reichshofrat ab, ihm entgegen zu kommen.<sup>70</sup> Er verwies darauf, dass der Freiherr schon viele Jahre „trotz zahlreicher Abmahnungen des Ritterkantons“ „mit der Löppertin öffentlich zum Ärgernuß des Publici und seiner Kinder erster Ehe“ einen unzüchtigen Lebenswandel getrieben habe, der nicht ungeahndet bleiben solle.<sup>71</sup> „Vielmehr ob Satisfactionem publicam auch eine dem Publico in die Augen fallende andere abschreckende Strafe um so mehr verdiene, als diese Art von Verbrechen selbst nach dem, was Supplicant in Actis, diesfalls zu seinem Vermeintlichen Behuff angeführet, bey dem unmittelbaren Reichs-Adel sehr gemein zu werden beginnet.“<sup>72</sup> Zwar war der Reichshofrat bereit, einen Teil der Haftstrafe in eine Geldstrafe umzuwandeln, weil man den Abschreckungseffekt auch bei einer kürzeren Haft gegeben sah, aber Kaiser Joseph II. hielt unnachgiebig an seinem einmal gefällten Urteil fest. Handschriftlich vermerkte er auf dem Gutachten des Reichshofrats: „Die Rechtlich erkannte viermonathliche Gefängniß Straf ist, ohne Nachsicht noch Abänderung zu vollstrecken.“<sup>73</sup>

Damit war das Gnadengesuch abgeschlagen und dem Kanton Steigerwald wurde die Vollstreckung der Haftstrafe befohlen.

Der Freiherr wollte sich jedoch den ritterschaftlichen Anweisungen noch immer nicht fügen und versuchte auf verschiedenen Wegen, die Haftstrafe zu umgehen, unter anderem dadurch, dass er sich freiwillig in Arrest begab. Ritterschaft und Reichshofrat sahen darin jedoch nur renitentes Verhalten bzw. eine Verweigerung des Gehorsams gegenüber Kaiser und Reich. Da der Freiherr zudem den verbotenen Umgang mit der Löppertin fortgesetzt hatte, empfahl der Reichshofrat, „sowohl zu dessen [Crailsheims] eigener Besserung, als auch zur heilsamen Spiegelung anderer „in gleichen sträflichen Ausschweifungen befangenen Mitglieder“<sup>74</sup> die Strafe endlich zu vollstrecken, was von Joseph II. voll und ganz unterstützt wurde.<sup>75</sup> Nichtsdestotrotz wehrte sich der Freiherr weiter gegen die ritterschaftliche Kommission, die zur Exekution der Strafe eingesetzt worden war und beschimpfte die Abgeordneten auf übelste Weise.

Gekrönt wurde das Fehlverhalten des Freiherrn dadurch, dass er seine Geliebte 1773 zunächst zur linken (morganatische Ehe)<sup>76</sup>, dann aber 1776 auch zur rechten Hand heiratete,<sup>77</sup> obwohl der Reichshofrat dies ausdrücklich verboten hatte. Auf Antrag des Ritterkantons empfahl der Reichshofrat deshalb dem Kaiser, „Craylsheim der Immediätät für seine Person zu entsetzen und für verlustigt zu erklären, sofort gedachtem Ritterort die Administration und Sequestration seiner Güter, auch die einseitige Bestimmung einer Kompetenz für ihn“ und seine Söhne aus erster Ehe festzulegen sowie die beiden jüngsten Kinder aus erster Ehe unter Vormundschaft zu stellen. Offenbar befürchteten die rechtmäßigen Erben, dass der Vater das Familienvermögen auf die Kinder aus seiner Verbindung mit der Löppertin übertragen könnte.<sup>78</sup> Der Kaiser schloss sich diesem Gutachten an und verschärfte es sogar noch, indem er der Ritterschaft auftrug, Vorkehrungen zu treffen, „womit Er [Crailsheim] fñhrohin dem publico nicht zur Last und Gefahr bleibe, sondern extra Statum nocendi gesetzet werde“.<sup>79</sup>

Der Ritterkanton ließ sich nicht lange bitten und interpretierte diese Aufforderung so, dass den Mitgliedern der Verlust der Reichsstandschaft verkündet wurde, Crailsheim selbst sofort in Arrest genommen und seine Güter sequestriert wurden. Obwohl renitentes Verhalten und unstandesgemäße Ehen in der Ritterschaft durchaus öfter vorkamen, ist dies „der einzige greifbare Fall bei Steigerwald, in dem ein immatrikuliertes Ortsmitglied die Zugehörigkeit zum Corpus equestre abgesprochen wird, zugleich einziger Fall des Mitgliedschaftsverlustes insgesamt.“<sup>80</sup>



Damit hatten die Selbstscheidung von der dritten Ehefrau und das dadurch beim Reichshofrat ausgelöste Verfahren für den Freiherrn dramatische Konsequenzen, die nur durch den Kaiser hätten wieder rückgängig gemacht werden können. Möglicherweise lenkte Crailsheim deshalb ein und schloss mit seinen Söhnen erster Ehe und den Agnaten einen Vergleich, der folgenden Inhalt hatte: Er und die Löppertin sowie ihre gemeinsamen Kinder sollten lebenslang jährlich 800 Gulden sowie das verschuldete Gut Rauschenberg (4000 Gulden) als einmalige Abfindung erhalten. Des Weiteren sollte er einige Mobilien und 3000 Gulden Bargeld bekommen, wovon nach seinem Tod 2000 wieder zurückgezahlt werden mussten. Die Söhne erklärten sich dagegen bereit, alle Schulden, außer denen auf dem Gut Rauschenberg, zu übernehmen. Dafür sollten sie alle Güter und das übrige Allodialvermögen erhalten.

Voraussetzung für den Vollzug des Vergleichs war jedoch, dass die Ehe zur linken Hand mit der Löppertin als rechtmäßig anerkannt und Crailsheim aus dem Arrest entlassen wird. Zudem äußerte der Freiherr den Wunsch, dass seine Kinder aus der Ehe mit der Löppertin den Namen Herren von Rauschenberg annehmen dürften. Alle Parteien und der Ritterkanton erklärten sich mit dem Vergleich einverstanden und übersandten ihn dem Kaiser zur Bestätigung. Nicht zuletzt aufgrund dieses einmütigen Vergleichs und der erheblichen Zugeständnisse, die Crailsheim gegenüber seinen Kindern aus der ersten Ehe gemacht hatte, mag er gehofft haben, dass er die Reichsstandschaft wieder zurückerhalten könnte und stellte einen entsprechenden Antrag beim Kaiser.

Der Reichshofrat bestätigte den Vergleich, erkannte die Ehe zur linken Hand mit der Löppertin als rechtmäßig an und forderte den Ritterkanton auf, Crailsheim aus dem Arrest zu entlassen. Die Reichsstandschaft wurde ihm jedoch nicht wieder verliehen, weil der Reichshofrat der Meinung war, dass er „diese dem Kai. Poenal-patent vom 29ten Jenner 1728 gemäße Strafe der privation der immedietät gar wohl verdienet hat“.<sup>81</sup> Hinsichtlich seines Wunsches, seinen Kindern mit der Löppertin den Namen Herren von Rauschenberg zu verleihen, wurde Crailsheim darauf verwiesen, einen separaten Antrag zu stellen.

Der Kaiser schloss sich letztlich diesem Votum an und blieb damit bei seiner harten Haltung gegenüber Crailsheim. Die Gründe dafür sind nicht bekannt. Alles deutet aber darauf hin, dass sich die im Zuge aufklärerischen Denkens gewandelten Moralvorstellungen auch an höchster Stelle

niederschlugen. Waren außereheliche Verhältnisse bzw. die „Mätressenwirtschaft“ von Männern des Adels lange Zeit toleriert worden, scheint dies Ende des 18. Jahrhunderts nicht mehr der Fall gewesen zu sein. Crailsheims harte Bestrafung sollte andere Mitglieder seiner Korporation vor ähnlichem Verhalten abschrecken. An ihm wurde somit ein Exempel statuiert. Ob dieser Abschreckungseffekt tatsächlich erzielt wurde, sei dahingestellt.

Verschiedene andere Fälle weisen jedoch darauf hin, dass sich der Adel nicht von diesem als Privileg wahrgenommenen Verhalten abbringen ließ.

Über all diesen Entwicklungen verlor der Ritterkanton jedoch den noch am Reichskammergericht schwebenden Prozess gegen Crailsheim nicht aus den Augen. Sobald der Freiherr seine Reichsstandschaft verloren hatte, gab man dem Reichskammergericht am 28. August 1780 zu verstehen, dass Crailsheim beim noch schwebenden Zitationsprozess nicht mehr der Kläger sein könne,<sup>82</sup> vielmehr seien es jetzt seine Söhne. „Da nun sonach den mehr gedachten Kammerjuncker Baron von Creylsheim, der vormal von Ihme gegen uns in Camera imperiali angezettelte Citations-proceß im Mindesten nichts mehr angehet: So wird es darauf ankommen, ob seine legitime Herrn Söhne zu Frohnstockheim, welche sich zwar gegen uns dahin bereits schriftlich erklärt haben, wie Sie jenen Proceß gegen uns nicht weiter fortzusezen gesonnen seyen, wann Wir nur von denen Jhnen wegen eines solchen litigii allerdings zur Last fallenden Proceßkosten abstrahiren wurden, solchen dermalen noch fortzusezen gesonnen seyen.“<sup>83</sup>

Der Prozess wurde wohl tatsächlich zunächst noch fortgesetzt, da die Gegenseite die Meinung vertrat, dass erst über die Kosten gesprochen werden könne, wenn in der Hauptsache entschieden worden sei. Die Akte endet jedoch am 25. September 1781 ohne ersichtliches Urteil. Ein Vergleich mit den Söhnen des Freiherren und Rechtsnachfolgern ist zu vermuten.

*Drittes Beispiel:* Standen bei den ersten beiden Prozessbeispielen die Ehescheidungen bzw. Scheidungsfolgen nicht im Zentrum des Prozesses am Reichskammergericht, so ist dies beim letzten Beispiel anders. Hier handelt es sich um eine Appellation bzw. Zitation einer geschiedenen Frau am Reichskammergericht gegen die vorinstanzliche Entscheidung von Rat und Tuchmacherzunft in Nürnberg, weil sie sich in ökonomischer Hinsicht benachteiligt fühlte.<sup>84</sup>



Appolonia Bittelmayr aus Nürnberg führte nach dem Tod ihres ersten Mannes aufgrund des Witwenrechts zuerst das Tuchmacher- und Garnfärbergewerbe fort, was im frühneuzeitlichen Handwerk die gängige Regel bildete.<sup>85</sup> Da die Mitarbeit von Familienmitgliedern konstitutiv für das Handwerk war, um die materielle Grundlage zu sichern, besaßen Ehefrauen in der Regel die Fertigkeiten, das Handwerk in Abwesenheit oder auch ganz ohne den Mann zu betreiben. Inwiefern dieser Zeitraum eingeschränkt war oder andere Restriktionen und Verbote existierten, die für eine Ausgrenzung von Frauen aus dem Handwerk sprechen, geht aus den Akten nicht hervor.<sup>86</sup> Jedenfalls heiratete die Witwe 1761 Hermann Jakob Bittelmayr, den Sohn eines Tuchmacher- und Garnfärbemeisters, der nicht nur in das Haus der Witwe zog und das Gewerbe fortführte, sondern auch den Namen und das Professionszeichen des ersten Mannes übernahm.<sup>87</sup>

1765 geschahen nun gleichzeitig zwei Dinge, wobei schwer zu beurteilen ist, inwiefern diese miteinander zusammenhängen. Einerseits suchten die Eheleute Bittelmayr beim Stadt- und Ehegericht Nürnberg um eine Trennung der Ehe nach. Andererseits starb der Vater von Hermann Jakob Bittelmayr, so dass sich für letzteren die Möglichkeit ergab, den Betrieb seines Vaters weiterführen zu können. In den Akten des Ehegerichts heißt es jedenfalls, die Eheleute seien „in solche harte Ehezwistigkeiten gerathen und gekommen, daß durch die weitere Beisammen Wohnung in einem Hauß und Umgang miteinander es gar leicht geschehen könnte, daß nicht nur die größte Leibs- und Lebens-Gefahr hieraus entstehen dürfte, sondern auch die Nahrung selbst und das Gewerbe, wie es leider! allschon durch die Abnahm solcher erfolgt ist, der größten Schaden erleiden würde.“<sup>88</sup> Das Ehegericht verfügte – „wie es üblich war – zur Beruhigung der Gemüter zunächst eine Trennung von Tisch und Bett. Beide Eheleute verglichen sich dahingehend, dass der Ehemann das von seinem Vater hinterlassene Haus durch Auszahlung der Miterben käuflich erwerben, bei seiner Frau ausziehen und seine erlernte Profession für sich betreiben sollte. Diese sollte dagegen zu ihrem Unterhalt und dem ihrer unmündigen Kinder aus erster Ehe die Garnfärberei unter dem Zunftzeichen ihres ersten Mannes in ihrem Haus weiter betreiben. Die Frau verzichtete auf Unterhalt von ihrem Mann, dafür wollte sie aber auch von ihrem erarbeiteten Geld nichts abgeben, sondern allein für sich verwenden dürfen.

Schließlich wurde zur Inventur des Vermögens geschritten und dem Mann das ein- und zugebrachte Gut ausgehändigt. Des Weiteren sollte ihm bei Zugewinn während der Ehe die Hälfte davon zufallen.

Beide "Nocheheleute" hatten aber die Rechnung nicht mit der Zunft der Tuchmachermeister gemacht. „... so waren doch die geschwohrne Meister des Nürnbergischen Tuchmacher Handwercks ihr wegen ihrer bey ihrem ersten Mann schon gehabtten guten Nahrung so gehässig, daß, ob schon notanter kein neues Werk entstund, sie sich dem allem ungehindert in dortigem Rug- oder Handwerks Amt beschwehrten.“<sup>89</sup> Ende Juni 1766 erteilte das Rugamt Appolonia Bittelmayr den Bescheid, dass sie ihre Werkstatt schließen, die Gesellen beurlauben und das Professionszeichen ihres verstorbenen Mannes in die Zunftlade legen oder einem anderen Meister übergeben müsse, bis die Töchter aus erster Ehe es durch die Heirat mit einem Meister wieder erlangen könnten. Die Begründung lautete, dass das Meisterrecht durch die Wiederverheiratung auf ihren zweiten Mann übergegangen sei. Die Trennung habe in diesem Zusammenhang keine Bedeutung. Vielmehr sahen die Tuchmachermeister in der Fortführung der Garnfärberei durch die getrennt lebende Bittelmayr eine unbewilligte und schädliche Vermehrung der Handwerksbetriebe, was auf die wirtschaftlich schwierige Stellung der Zünfte im 18. Jahrhundert verweist. Zwar ist sich die heutige Forschung durchaus unschlüssig darüber, ob wirklich von einem allgemeinen Zerfall überkommener Zunftordnungen im 18. Jahrhundert die Rede sein kann,<sup>90</sup> aber die spezifische Entwicklung in Nürnberg spricht durchaus dafür, dass der Niedergang des Exportgewerbes im 17. Jahrhundert und die zunehmende Handwerkerdichte in Nürnberg als kritisch empfunden wurden.<sup>91</sup> Vor diesem Hintergrund gewann die Auseinandersetzung mit Bittelmayr einen grundsätzlichen Charakter. Letztlich ging es darum, das Auskommen der Zunftmitglieder durch Verbot oder Einschränkung jeglicher Konkurrenz zu schützen.

Appollonia Bittelmayr appellierte bei Bürgermeister und Rat der Stadt Nürnberg gegen den Bescheid des Rugamtes, wurde dort aber Ende Januar 1766 abgewiesen. Nachdem sie 1767 die Scheidung erhalten hatte, wandte sie sich 1768 dann an das Reichskammergericht mit einem Appellationsgesuch und einer Zitation, verbunden mit Bitte um Wiederherstellung in den vorherigen Stand. Durch diesen geschickten Schachzug erreichte sie es zum großen Verdruss der Tuchmachermeister, dass sie



während der gesamten Laufzeit des Prozesses bis 1772 die Garnfärberei weiterhin betreiben konnte. Sie hatte also einen Vorteil davon, den Prozess mit ungewissem Ausgang nicht allzu sehr zu beschleunigen. Die Nichteinhaltung von Fristen und das Verzögern der einzelnen Prozessschritte sprechen hier eine deutliche Sprache.

Konkret warf Appollonia Bittelmayer den Tuchmachermeistern folgendes vor:

1. Das Versagen der Appellation durch den Magistrat der Reichsstadt Nürnberg, wofür sie den Einfluss des Tuchmachers Kaltenbach im Äußeren Rat verantwortlich macht.
2. Auf dem Rugamt sei ihr der Bescheid erteilt worden, dass ihr Begehren gegen die Gewohnheit sei und deshalb abgelehnt werde.
3. Der Rugamtsbescheid sei zu ihrem und dem Schaden ihrer Kinder bestätigt worden. Eine Partei könne nicht durch einen einzigen Spruch einer unteren Instanz, in der noch nicht einmal ein Gelehrter sitze, ohne vorherige rechtliche Belehrung und ohne Zuziehung eines Juristen verurteilt werden.
4. Sie hoffe auf Annahme der Appellation am Reichskammergericht, weil das Verfahren des Rats widerrechtlich gewesen sei. Sie erhebt also den Vorwurf versagter Justiz. Der Einwand, das seit dem Jüngsten Reichsabschied von 1654 von einer Handwerkssache nicht appelliert werden könne, wird von ihr abgelehnt, denn auf solche Weise müsste sie mit ihren unmündigen Töchtern die erlittenen größten Beschwerden stillschweigend ertragen. Sie würde dem Neid und Eigennutz der Tuchmacher, mit denen Sie doch eigentlich nichts zu tun habe, weil sie nur die Garnfärberei betreibe, unschuldig aufgeopfert werden. Sie verweist vor allem auf ihr Geschlecht und ihre juristische Unwissenheit, was eine Ausnahme von der Reichsgesetzgebung rechtfertige.

Ihr Anwalt betont zudem, dass es ja kein neues Gewerbe sei, sondern das alte nur fortgeführt werde.<sup>92</sup> Der Exmann habe das Gewerbe seines Vaters übernommen. Sie hingegen sei in dem zuvor gemeinsam bewohnten Haus geblieben, weil das Haus nicht ihm gehörte und er deshalb auf gerichtlichen Befehl hin hatte ausziehen müssen. Es sei weder eine neue Garnfärberei noch ein neues Handwerkszeichen entstanden. Ja es sei lediglich hässlicher Handwerksneid, welcher sich im Verhalten der Tuchmachermeister zeige, denn ihnen erwachse keinesfalls ein Schaden.

An der Reaktion des Stadtrats wird deutlich, dass das Thema Scheidung

durchaus bei der Entscheidung des Rugamts eine Rolle gespielt hatte und moralische Gesichtspunkte für die Korporation eine wichtige Bedeutung besaßen.<sup>93</sup> Der Nürnberger Stadtrat musste in erster Linie beweisen, dass die Appellation an das Reichskammergericht unrechtmäßig erfolgt war. Deshalb betonte er einerseits das kaiserliche Verbot in Handwerkssachen, andererseits beharrte er darauf, dass aufgrund der Scheidung aus einem Handwerksbetrieb zwei neue entstanden seien. Zur Strategie des Rats gehörte es auch, in stereotyper Manier Appollonia Bittelmayr anzugreifen und zu diskreditieren:

Sie und ihr Mann hätten ein einziges Meisterrecht und eine Werkstatt besessen. „Diese hat er als Mann und Meister, nach ihrer Separation, behalten, und mit sich genommen. Das Weib hat weder ein besonderes Meister-Recht, noch Werckstatt für sich gehabt, und ist ihr also nichts entgangen.“<sup>94</sup> Der Schaden sei ihr „durch ihre Unehe, durch die Veränderung des Zeichens und vornemlich die erfolgte Separation geschehen; keineswegs aber durch den Rugs-Amtlichen Bescheid, und die abgeschlagene appellation. ... Alleine es sind dergleichen Unehen vielmehr einer Obrigkeitlichen ernstlichen Ahndung als Belohnung würdig. Es würde damit bösen Weibern zur rühmlichen Nachfolge ein schönes Beyspiel gegeben werden, sich mit ihren Männern ebenfalls zu entzweyen, von ihnen hinwegzulauffen; da sie als dann gleich den wirklichen Wittiben als personae miserabiles angesehen würden, und deßhalb eigene Werckstätte haben, und führen dörften.“<sup>95</sup> Scheidungen sollten also aus Sicht des Rats und der Zunft nicht auch noch belohnt werden!

„Und wenn sie auch ihres Orts gantz- und gar unschuldig wäre, und der Mann nicht nur die mehreste, sondern gantz alleine alle Schuld der Uneinigkeit hätte; So ist darum das Handwerck nicht schuldig, sie, durch Abweichung von ihrer jederzeit beobachteten Ordnung und Gewohnheit schadlos zu halten; sondern der Mann ist verpflichtet, ihr den nöthigen Unterhalt zu geben. Dazu aber ist die Frau Appellantin zu groß und zu stolz. Es mögten auch wol die von dem Mann abzureichende alimentia sich bey weitem nicht so hoch belaufen, als sie durch die eigene Werckstatt des Garnfärbens profitieren könnte.“<sup>96</sup>

Die Aufrechterhaltung der Ordnung, die Sorge vor Nachahmung und letztlich wohl auch ein gewisser Neid auf den wirtschaftlichen Erfolg und das Vermögen der Bittelmayr dürften bei der Argumentation des Rats die größte Rolle gespielt haben. Immer wieder taucht zudem der Hinweis



darauf auf, dass ein solcher Fall bisher noch nie vorgekommen sei und man sich niemals habe vorstellen können, dass es soweit kommen könnte, „das den uneinigen abgesonderten Eheleuten, ein mehreres und größeres Recht als sie vorher, da sie friedlich mit einander gelebet und gehauet, gehabt, zu begünstigung derselben, zum Nachtheil anderer Personen, Handwercker, und Gesellschaften und zu Abbruch deren guten Ordnungen und Gewohnheiten zu eignen und zugestehen sollte.“<sup>97</sup>

Die Klägerin reagierte auf diese Vorwürfe äußerst selbstbewusst, was sich kaum mit den Vorstellungen von Frauen als Scheidungsopfern in Übereinstimmung bringen lässt. Entscheidend war für sie der Vermögensverlust, den sie und ihre Töchter erleiden müssten, wenn dem Bescheid des Rugamts statt gegeben würde. Die Anspielungen des Rats auf die Umstände der Scheidung werden dagegen völlig abgelehnt, da sie mit der eigentlichen Frage nichts zu tun hätten. „Meynen die Tuchmacher daß hier jura personarum miserabilium unerfindlich an geführt worden sind; so irret man ex adverso gewaltig: es ist die Bittelmeyerin in effectu eine Wittib und nicht ein insolens und intolerabilis conjux welche nothgedrungen ad separationem klagen müssen.“<sup>98</sup> Anwalt und Klägerin sahen in dem Bemühen der Stadt und der Tuchmacherzunft, die Klägerin moralisch zu diskreditieren, lediglich eine Strategie, die Kundschaft der Bittelmayr einem andern Meister zuzuführen und das gut eingeführte und renommierte Handwerkszeichen in Vergessenheit geraten zu lassen. Während Rat und Tuchmacherzunft darauf beharrten, dass sie lediglich eine geschiedene Frau ohne Recht auf Fortführung des Gewerbes sei, betonte sie den Witwenstatus, der es ihr erlaube, für sich und ihre Kinder ein einträgliches Auskommen zu finden.

Interessant ist nun, dass das Reichskammergericht – offenbar ungeachtet der moralischen Diskreditierung der geschiedenen Frau durch den Stadtrat – eine Appellation zuließ, obwohl doch die Argumente des Stadtrats aus obrigkeitlicher und ordnungserhaltender Perspektive durchaus ihre Berechtigung besaßen. Die Richter am Reichskammergericht entschieden in diesem Fall allein auf der Basis der rechtlichen Situation. Ob und wie das Verfahren letztlich beendet wurde, geht aus den Akten nicht hervor. Für die Klägerin dürfte jedoch entscheidend gewesen sein, dass sie während der Dauer des Verfahrens das Gewerbe völlig legitim weiter ausüben durfte. So erstaunt es nicht, dass die letzten Schriftstücke in der Reichskammergerichtsakte Bitten um Fristverlängerungen sind.

## Zusammenfassung:

Prozesse an den höchsten Gerichten, in denen Scheidungen thematisiert werden, sind zwar rein quantitativ betrachtet, nicht besonders häufig. Und Scheidungen bildeten auch nicht immer den Ausgangspunkt der Klage. Aber in den Appellationsverfahren an den höchsten Gerichten des Alten Reiches, in denen gegen Entscheidungen unterer Instanzen in Scheidungsangelegenheiten geklagt wurde, wird ein Themenbereich angesprochen, der bisher noch nicht ins Blickfeld der Forschung geraten ist. Es geht um die vermögensrechtlichen, gesellschaftlichen und politischen Folgen von Scheidungen. Das Verschuldensprinzip und damit zusammenhängende moralisch-sittliche und ordnungsbewahrende Gesichtspunkte spielten vor allem auf der Ebene der territorialen Gerichtsbarkeit eine entscheidende Rolle. Zwar versuchten die Parteien auch an den höchsten Gerichten solche Überlegungen mit einfließen zu lassen, aber wie das Beispiel der geschiedenen Handwerksfrau zeigt, stand die Rechtslage im Vordergrund. Das konnte eben auch zur Folge haben, dass die individuellen vermögensrechtlichen Interessen einer geschiedenen Frau über die ordnungspolitischen und wirtschaftlichen Interessen von Stadtrat und Handwerkszunft gestellt wurden.

Beim Freiherrn von Crailsheim sieht es auf den ersten Blick so aus, als ob genau anders herum vorgegangen wurde.

Er musste aufgrund seiner Scheidungen und den damit verbundenen Begleiterscheinungen die drastischsten Folgen hinnehmen, nämlich den Verlust eines Großteils seines Vermögens und der Reichsstandschaft. Dies konnte aber auch nur deshalb geschehen, weil die Satzungen des Ritterkantons Steigerwald eine solche Strafe für moralisches Fehlverhalten vorsahen, also eine eindeutige Rechtsgrundlage vorhanden war. Damit zeichnet sich für die Frühe Neuzeit klar die Tendenz ab, Scheidungsfolgen nicht unter übergeordneten ordnungspolitischen Gesichtspunkten abzuhandeln, sondern die Rechtslage zum Ausgangspunkt zu machen. Dabei handelt es sich keineswegs um eine geschlechtsspezifisch festgelegte Position des Gerichts, sondern um den Versuch, Recht anstelle von Moral zur Grundlage der Rechtsprechung zu machen. So gesehen, erweist sich das Reichskammergericht wieder einmal als eine „moderne“ Institution des Alten Reiches.



## Anmerkungen

1. MARTIN LUTHER, Vom ehelichen Leben und andere Schriften über die Ehe, hrsg. von DAGMAR C. G. LORENZ, Stuttgart 2002, S. 22.
2. Vgl. BARBARA HENZE, Kontinuität und Wandel des Eheverständnisses im Gefolge von Reformation und katholischer Reform, in: ANNE CONRAD (Hg.), "In Christo ist weder man noch weyb." Frauen in der Zeit der Reformation und der katholischen Reform, Münster 1999, S. 129–151; vgl. SIEGRID WESTPHAL, Frau und lutherische Konfessionalisierung. Eine Untersuchung zum Fürstentum Pfalz-Neuburg 1542–1614, Frankfurt/Main 1994.
3. DIRK BLASIUS, Scheidung und Scheidungsrecht im 19. Jahrhundert. Zur Sozialgeschichte der Familie, in: HZ 241 (1985), S. 329–360, S. 338f.
4. HARTWIG DIETERICH, Das protestantische Eherecht in Deutschland bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts, München 1970; DIRK BLASIUS, Ehescheidung in Deutschland 1794–1945, Göttingen 1987; ders., Ehescheidung in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/Main 1992; ARNE DUNCKER, Gleichheit und Ungleichheit in der Ehe. Persönliche Stellung von Frau und Mann im Recht der ehelichen Lebensgemeinschaft 1700–1914, Köln/Weimar/Wien 2003.
5. PAUL B. HILL/JOHANNES KOPP, Familiensoziologie. Grundlagen und theoretische Perspektiven, 3. überarbeitete Auflage, Wiesbaden 2004, S. 265; RUTH MÄCHLER, Soziale Unterstützung nach Trennung und Scheidung. Eine Untersuchung zur Tragfähigkeit und Dynamik von Beziehungsnetzen, Hamburg 2002.
6. Vgl. die ausführliche Darstellung des deutschen Forschungsstandes bei: ALEXANDRA LUTZ, Ehepaare vor Gericht. Konflikte und Lebenswelten in der Frühen Neuzeit, Frankfurt/Main/New York 2006, S. 9–16.
7. Vgl. zum Beispiel SILVANA SEIDEL MENCHI (Hg.), Matrimonii in dubbio. Unioni controverse e nozze clandestine in Italia dal XIV al XVIII secolo, Bologna 2001.
8. ROBERT KINGDON, Adultery and Divorce in Calvin's Geneva, Cambridge/Mass. 1995; SUSANNA BURGHARTZ, Zeiten der Reinheit – Orte der Unzucht. Ehe und Sexualität in Basel während der Frühen Neuzeit, München/Wien/Zürich 1999.
9. RODERICK PHILIPPS, Family Breakdown in Late Eighteenth-Century France. Divorces in Rouen, 1792–1805, Oxford 1980.
10. LAWRENCE STONE, Road to Divorce 1530–1987, Oxford 1990; ders., Broken Lives: Separation and Divorce in England, 1660–1857, Oxford 1993; ders., Uncertain Unions and Broken Lives: Marriage and Divorce in England 1660–1857, Oxford 1995.
11. JOANNE BAILEY, Unquiet Lives: Marriage and Marriage Breakdown in England, 1660–1800, Cambridge 2003.
12. JOEL F. HARRINGTON, Reordering Marriage and Society in Reformation Germany, Cambridge 1995.
13. RAINER BECK, Frauen in Krise. Eheleben und Ehescheidung in der ländlichen

- Gesellschaft Bayerns während des Ancien Régime, in: RICHARD VAN DÜLMEN (Hg.), *Dynamik der Tradition. Studien zur historischen Kulturforschung IV*, Frankfurt/Main 1992, S. 137-212; ULINKA RUBLACK, Magd, Metz oder Mörderin. Frauen vor frühneuzeitlichen Gerichten, Frankfurt/Main 1998.
14. SYLVIA MÖHLE, *Ehekonflikte und sozialer Wandel, Göttingen 1740–1840*, Frankfurt/Main/New York 1997.
  15. MÖHLE, *Ehekonflikte* (wie Anm. 14), S. 85.
  16. SIEGRID WESTPHAL, *Kirchenzucht als Ehe- und Sittenzucht. Die Auswirkungen von lutherischer Konfessionalisierung auf das Geschlechterverhältnis*, in: CONRAD, CHRISTO (wie Anm. 2), S. 152–171.
  17. BLASIUS, *Ehescheidung* (wie Anm. 4), S. 25.
  18. DIETER SCHWAB, *Grundlagen und Gestalt der staatlichen Ehegesetzgebung in der Neuzeit bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts*, Bielefeld 1967, S. 198.
  19. HENZE, *Kontinuität* (wie Anm. 2), S. 131–133.
  20. GERHARD DILCHER, *Ehescheidung und Säkularisation*, in: ders./ILSE STAFF (Hg.), *Christentum und modernes Recht. Beiträge zum Problem der Säkularisation*, Frankfurt/Main 1984, S. 304–359.
  21. THOMAS M. SAFLEY, *Civic Morality and the Domestic Economy*, in: RONNY P. HSIA (Hg.), *The German People and the Reformation*, Ithaca/London 1988, S. 173–190.
  22. BLASIUS, *Ehescheidung* (wie Anm. 4), S. 26.
  23. MÖHLE, *Ehekonflikte* (wie Anm. 14), S. 22.
  24. Vgl. BLASIUS, *Ehescheidung* (wie Anm. 4); ders., *Reform gegen die Frau: Das preußische Scheidungsrecht im frühen 19. Jahrhundert*, in: UTE GERHARD (Hg.) *Frauen in der Geschichte des Rechts*, München 1997, S. 659–669, S. 663f.
  25. BLASIUS, *Reform* (wie Anm. 24), S. 669.
  26. MÖHLE, *Ehekonflikte* (wie Anm. 14).
  27. MÖHLE, *Ehekonflikte* (wie Anm. 14), S. 189–191.
  28. MÖHLE, *Ehekonflikte* (wie Anm. 14), S. 189.
  29. Vgl. ELISABETH KOCH, *Maior dignitas est in sexu virili. Das weibliche Geschlecht im Normensystem des 16. Jahrhunderts*, Frankfurt/Main 1991, S. 126.
  30. MÖHLE, *Ehekonflikte* (wie Anm. 14), S. 191.
  31. LUTZ, *Ehepaare* (wie Anm. 6); dies., *Soldatenehen vor Gericht. Das Beispiel des westlichen Holsteins 1650–1770*, in: dies. (Hg.), *Geschlechterbeziehungen in der Neuzeit. Studien aus dem norddeutschen Raum*, Neumünster 2005, S. 23–41; DANIEL A. RABUZZI, *Gender and Control in the Merchant's World. Stralsund, 1750–1830*, in: ULRIKE GLEIXNER/MARION W. GRAY (Hgg.), *Gender in Transition. Discourse and Practice in German-Speaking Europe, 1750–1830*, ANN ARBOR 2006, S. 75–89.
  32. HEIDE WUNDER (Hg.), *Dynastie und Herrschaftssicherung in der Frühen Neuzeit. Geschlechter und Geschlecht*, Berlin 2002; MICHAEL SIKORA, *Ungleiche Verbindlichkeiten. Gestaltungsspielräume standesverschiedener Partner-*



- schaften im deutschen Hochadel der Frühen Neuzeit, in: *zeitenblicke* 4 (2005), Nr. 3, [13.12.2005], URL:[http://www.zeitenblicke.de/2005/3/Sikora/index\\_html](http://www.zeitenblicke.de/2005/3/Sikora/index_html), URN: urn:nbn:de:0009-9-2301; KATRIN IFFERT, *Gescheiterte Ehen im Adel. Trennung und Scheidung des Herzogspaares Alexius Friedrich Christian und Marie Friederike zu Anhalt-Bernburg (1794–1817)*, in: EVA LABOUVIE (Hg.), *Adel in Sachsen-Anhalt. Höfische Kultur zwischen Repräsentation, Unternehmertum und Familie*, Köln/Weimar/Wien 2007, S. 95–120; STEPHANIE MARRA, *Allianzen des Adels. Dynastisches Handeln im Grafenhaus Bentheim im 16. und 17. Jahrhundert*, Köln/Weimar/Wien 2007.
33. HANS SEEHASE, *Ehesachen vor dem Reichskammergericht. Die Ehe im Spannungsfeld zwischen Recht und Theologie sowie zwischen Reich, Territorien und Kirche am Beginn der Neuzeit*, Inaug. diss. Münster 1999.
  34. BERNHARD DIESTELKAMP, *Rechtsfälle aus dem Alten Reich. Denkwürdige Prozesse vor dem Reichskammergericht*, München 1995, S. 76–82.
  35. IRENE JUNG, „Ihrem Herzen und Charakter Ehre machen“. Frauen wenden sich an das Reichskammergericht, Wetzlar 1998; MANFRED HÖRNER, *Brudermord und Ehezwist. Die Reichskammergerichtsprozesse der Brüder Gregor und Augustin Einkürn*, in: ANETTE BAUMANN/PETER OESTMANN/STEPHAN WENDEHORST und SIEGRID WESTPHAL (Hgg.), *Prozesspraxis im Alten Reich. Annäherungen – Fallstudien – Statistiken*, Köln/Weimar/Wien 2005, S. 181–211; SIEGRID WESTPHAL (Hg.), *In eigener Sache. Frauen vor den Höchsten Gerichten des Alten Reiches*, Köln/Weimar/Wien 2006.
  36. Vgl. ANETTE BAUMANN, *Die Gesellschaft der Frühen Neuzeit im Spiegel der Reichskammergerichtsprozesse. Eine sozialgeschichtliche Untersuchung zum 17. und 18. Jahrhundert*, Köln/Weimar/Wien 2001.
  37. Frau DR. ANETTE BAUMANN, Leiterin der Forschungsstelle der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung in Wetzlar, hat sich dankenswerterweise bereit erklärt, die bereits vorhandenen Inventare der Reichskammergerichtsakten mit Hilfe des Sachindex nach den Themen Scheidung bzw. Scheidungsfolgen zu sichten. Dabei handelt es sich um folgende Archive: Staatsarchiv Aurich, Staatsarchiv Bückeburg, Staatsarchiv Detmold, Frankfurter Bestand, Staatsarchiv Hamburg, Bundesarchiv Koblenz, Archiv der Hansestadt Lübeck, Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, Landeshauptarchiv Schwerin, Staatsarchiv Sigmaringen, Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (Nassauische Prozessakten, Prozessakten des preußischen Kreises und der Stadt Wetzlar). Folgende Inventare konnten nicht gesichtet werden, da ein Sachindex fehlt: Düsseldorf, Köln, Hessen (Staatsarchiv Marburg), Sachsen-Anhalt (Staatsarchiv Magdeburg).
  38. Vgl. SIEGRID WESTPHAL, *Die Inanspruchnahme des Reichshofrats durch Frauen – quantitative Aspekte*, in: *In eigener Sache* (wie Anm. 35), S. 29–39.
  39. MANFRED UHLHORN, *Der Mandatsprozeß sine clausula des Reichshofrats*, Köln/Weimar/Wien 1990.

40. Aufgrund der großen Gruppe an Fällen (8) wurden die Beispiele aus dem Bestand des Bayerischen Hauptstaatsarchivs München gewählt.
41. BayHStA München, Reichskammergericht 1273 (Inventarnr. 5079), Fürst Carl Albrecht von Hohenlohe-Schillingsfürst c. Bürgermeister und Rat der Reichsstadt Rothenburg ob der Tauber in pto. mandatum de non via facti, sed iuris procedendo s. (c.), de non amplius turbando in possessione vel quasi iuris territorialis et iurisdictione episcopalis ac restituendo desuperque idonee cavendo ut et de resarciendo damna et expensas frivole causatas, 1788–1804.
42. Ebd., Lit. Xx: Protokoll vom 28. September und 15. November 1780.
43. Vgl. MÖHLE, Ehekonflikte (wie Anm. 14), S. 184–188.
44. BayHStA München, Reichskammergericht 1273, Lit. Xx, die Beilage ist nicht foliert.
45. Ebd.
46. Vgl. HEIDE WUNDER, „Er ist die Sonn, sie ist der Mond.“ Frauen in der Frühen Neuzeit, München 1992.
47. Vgl. LUTZ, Ehepaare (wie Anm. 6), S. 255–271.
48. Möhle, Ehekonflikte (wie Anm. 14), S. 85.
49. WOLFGANG E. J. WEBER, Dynastiesicherung und Staatsbildung. Die Entfaltung des frühmodernen Fürstenstaats, in: ders. (Hg.), Der Fürst. Ideen und Wirklichkeiten in der europäischen Geschichte, Köln/Weimar/Wien 1998, S. 91–136; HEIDE WUNDER, Einleitung: Dynastie und Herrschaftssicherung in der Frühen Neuzeit. Geschlechter und Geschlecht, in: dies., Dynastie, S. 9–28.
50. Vgl. SIKORA, Verbindlichkeiten (wie Anm. 32).
51. SYBILLE OSSWALD-BARGENDE, Die Mätresse, der Fürst und die Macht. Christina Wilhelmina von Grävenitz und die höfische Gesellschaft, Frankfurt/Main/New York 2001.
52. Vgl. MARRA, Allianzen (wie Anm. 32), S. 105–168.
53. Vgl. BEATRIX BASTL, Tugend, Liebe, Ehre. Die adelige Frau in der Frühen Neuzeit, Wien/Köln/Weimar 2000; SILKE LESEMANN, Liebe und Strategie. Adlige Ehen im 18. Jahrhundert, in: Historische Anthropologie 8 (2000), S. 189–207; SYLVIA SCHRAUT, „Die Ehen werden in dem Himmel gemacht“. Ehe- und Liebeskonzepte der katholischen Reichsritterschaft im 17. und 18. Jahrhundert, in: CLAUDIA OPITZ/ULRIKE WECKEL/ELKE KLEINAU (Hgg.), Tugend, Vernunft und Gefühl. Geschlechterdiskurse der Aufklärung und weibliche Lebenswelten, Münster 2000, S. 15–32.
54. MARRA, Allianzen (wie Anm. 32), S. 128f.
55. MARRA, Allianzen (wie Anm. 32), S. 136.
56. Vgl. zum Beispiel HHStA Wien, Reichshofrat, Vota 34 M1 (Mecklenburg), Gutachten zur sogenannten Mecklenburgischen Ehesache.
57. Vgl. MARRA, Allianzen (wie Anm. 32), S. 136.
58. BayHStA München, Reichskammergericht 4427/I–II, Carl Friedrich Freiherr von Crailsheim zu Fröhstockheim c. Hauptmann, Räte und Ausschuß der



- fränkischen Ritterschaft, Kanton Steigerwald pto. citatio ad videndum casari executionem (nulliter) peractam seque ad restitutionem iniuste ablatorum cum damni et expensarum refusione condemnari, 1769–1781.
59. Vgl. Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Reichskammergericht, Bd. 6 (Bayerische Archivinventare 50/6), bearbeitet von Manfred Hörner, München 1995, S. 226–229.
  60. BayHStA München, Reichskammergericht 4427/I, f. 67f; vgl. Hartmann Freiherr von Mauchenheim-Bechtolsheim, Des Heiligen Römischen Reichs unmittelbar freie Ritterschaft zu Franken Ort Steigerwald im 17. und 18. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Verfassungs- und Gesellschaftsgeschichte des reichsunmittelbaren Adels, Würzburg 1972.
  61. BayHStA München, Reichskammergericht 4427/I, f. 85–86.
  62. BayHStA München, Reichskammergericht 4427/I, f. 303f, Beilage Nr. 70, Vergleich vom 25. Juli 1764. Die Ehefrau sollte unendgeldlich auf dem Schloss zu Rödelsen wohnen und 600 Gulden jährlich erhalten. Im Falle der Nichtzahlung stand es ihr frei, auf sämtliche anderen Einnahmen des Freiherrn zurückzugreifen und diese mit Hilfe des Ritterkantons oder eines der Reichsgerichte einzuklagen. Für die nichtgezahlte Morgengabe ließ sich die Ehefrau mit 50 Gulden abfinden. Zudem erklärte sie sich bereit, die Tochter aus erster Ehe zu sich zu nehmen und diese standesgemäß zu erziehen.
  63. Ebd., f. 88.
  64. Vgl. ULRIKE GLEIXNER, „Das Mensch“ und „der Kerl“. Die Konstruktion von Geschlecht in Unzuchtsverfahren der Frühen Neuzeit (1700–1760), Frankfurt/Main/New York 1994.
  65. Vgl. MARTIN DINGES, Der „feine Unterschied“. Die soziale Funktion der Kleidung in der höfischen Gesellschaft, in: ZHF 19 (1992), S. 49–76; ROBERT JÜTTE/NEITHARD BULST (Hgg.), Zwischen Sein und Schein. Kleidung und Identität in der ständischen Gesellschaft, Freiburg 1993.
  66. Vgl. HHStA Wien, Reichshofrat, Decisa 1443–1449, Freifrau von Crailsheim, geb. von Hanstein c. Karl Friedrich von Crailsheim, commissionis, pto. separationis quoad thorum et mensam nec non saevitiarum atrocissimarum, item dessen anderweit unternommene copulation mit der Loeppertin betr., 1770–1789.
  67. BayHStA München, Reichskammergericht 4427/I, f. 428, Nachtrag zur Exzeptionsschrift vom 12. Dezember 1770.
  68. Vgl. MAUCHENHEIM-BECHTOLSHEIM, Ritterschaft (wie Anm. 60), S. 271.
  69. HHStA Wien, Reichshofrat, Vota 10c, Crailsheim.
  70. Auch in Preußen kam es im Zuge der Kodifikationsbestrebungen (ALR) zu einer Auseinandersetzung mit dem Mätressenwesen, das als Folge des hohen Aufwandes (Luxus) betrachtet wurde, den eine hohe Standespersion betreiben musste. Da eine Eheschließung und eheliche Kinder den Aufwand ins Unermessliche steigen ließen, scheuten – nach Ansicht der Kodifikatoren – viele

Männer von Adel vor einer Heirat zurück. Da die Ehelosigkeit und das damit verbundene Mätressenwesen als äußerst schädlich für den Staat angesehen wurden, waren die Kodifikatoren bereit, Ehen zur linken Hand als „Ausnahme von der Regel“ für den männlichen Adel zu akzeptieren. Vgl. Von der Ehe zur linken Hand. Aus dem Entwurf eines allgemeinen Gesetz Buchs für die Preußischen Staten, Th. 1, 9ter Abschnitt, S. 128–141, § 610–694, in: *Stats-Anzeigen* 6 (1784), S. 300–311, hier S. 301f.

71. HHStA Wien, Reichshofrat, Vota 10c, Crailsheim, Reichshofratsgutachten vom 6. September 1771.
72. Ebd.
73. Ebd.
74. Aus einigen Akten des Reichshofrats geht hervor, dass es gegen Ende des 18. Jahrhunderts innerhalb der Reichsritterschaft offenbar zu mehreren solcher Fälle gekommen war, die von Seiten des Kaisers und Reichshofrats als moralische Verfallserscheinung dieses Standes gewertet wurden. Crailsheim sollte als abschreckendes Beispiel gelten. Die Verfasserin bereitet zu diesen Fällen einen weiteren Artikel vor, der das Verhältnis von Adligen zum Thema Scheidung Ende des 18. Jahrhunderts näher beleuchten soll.
75. HHStA Wien, Reichshofrat, Vota 10c, Crailsheim, Reichshofratsgutachten vom 1. April 1775.
76. Vgl. SIKORA, Verbindlichkeiten (wie Anm. 32), Fn. 15. Sikora verweist auf den Ursprung der morganatischen Ehe. „Sie geht auf eine im 13. Jahrhundert in Bologna entstandene Sammlung von Gewohnheiten des langobardischen Lehnswesens zurück. Nach „Mailänder Brauch“ soll es daher üblich gewesen sein, dass ein adliger Witwer, der bereits einen legitimen und damit erbberechtigten Sohn hatte, eine minderrangige Adlige, die nicht in Sünde leben wolle, heimführen könne. In diesem Fall sollte eine Verfügung möglich sein, nach der der zweiten Frau und ihren Kindern lediglich die Morgengabe zustünde. Schon die Mailänder nannten diese Heiratsform demnach „ad morganaticam“.“
77. AUGUST MEININGHAUS, Von der morganatischen Ehe des niederen westfälischen Adels, in: *Westfälische Zeitschrift* 95 (1939), S. 194–212.
78. HHStA Wien, Reichshofrat, Vota 10c, Crailsheim, Reichshofratsgutachten vom 6. November 1777.
79. Ebd.
80. Vgl. MAUCHENHEIM-BECHTOLSHEIM, Ritterschaft (wie Anm. 60), S. 275.
81. HHStA Wien, Reichshofrat, Vota 10c, Crailsheim, Reichshofratsgutachten vom 16. September 1779.
82. BayHStA München, Reichskammergericht 4427/II, Beilage Nr. 266.
83. Ebd.
84. BayHStA München, Reichskammergericht 4162 (Inventarnr. 1295), Sophia Apollonia Bittelmayer zu Nürnberg c. Geschworene und sonstige Meister des



- Tuchmacherhandwerks der Reichsstadt Nürnberg pto. appellatio bzw. citatio ad videndum se restitui in integrum adversus lapsum fatalium, 1768–1772.
85. Vgl. zur Stellung von Frauen im Handwerk: CHRISTINE WERKSTETTER, Frauen im Augsburger Zunft Handwerk. Arbeit, Arbeitsbeziehungen und Geschlechterverhältnisse im 18. Jahrhundert, Berlin 2001; SIGRID KRETSCHMER (Hg.), Wiener Handwerksfrauen. Wirtschafts- und Lebensformen von Frauen im 18. Jahrhundert, Wien 2000; KATHARINA SIMON-MUSCHEID (Hg.), „Was nützt die Schusterin dem Schmied?“ Frauen und Handwerk vor der Industrialisierung, Frankfurt/Main 1998; MERRY E. WIESNER, Working Women in Renaissance Germany, New Brunswick/New Jersey 1986.
  86. MERRY WIESNER-HANKS, Ausbildung in den Zünften, in: ELKE KLEINAU/CLAUDIA OPITZ (Hgg.), Geschichte der Mädchen- und Frauenbildung, Bd. 1: Vom Mittelalter bis zur Aufklärung, Frankfurt/Main/New York 1996, S. 91–102, S. 100.
  87. Vgl. WUNDER, Frauen (wie Anm. 46), S. 125.
  88. BayHStA München, Reichskammergericht 4162, Beilage zu Gravatoriallibell Nr. 1, Bescheid des Stadt- und Ehegerichts vom 15. Mai 1765.
  89. Ebd., Beilage Nr. 6.
  90. HEINZ G. HAUPT (Hg.), Das Ende der Zünfte. Ein europäischer Vergleich, Göttingen 2002; ARND KLUGE, Die Zünfte, Stuttgart 2007.
  91. Vgl. MICHAEL NORTH, Von der atlantischen Handelsexpansion bis zu den Agrarreformen (1450–1815), in: ders. (Hg.), Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick, München 2000, S. 107–191, hier S. 146.
  92. BayHStA München, Reichskammergericht 4162, f. 22.
  93. SILKE LESEMAN, Arbeit, Ehre, Geschlechterbeziehungen. Zur sozialen und wirtschaftlichen Stellung von Frauen im frühneuzeitlichen Hildesheim, Hildesheim 1994, S. 65f.
  94. BayHStA München, Reichskammergericht 4162, Exzeptionsschrift der Reichsstadt Nürnberg, 25. September 1768.
  95. Ebd.
  96. Ebd.
  97. Ebd.
  98. BayHStA München, Reichskammergericht 4162, Nr. 18 Replik der Bittelmayer, 19. Dezember 1768.







Umschlagabbildung:

Ausschnitt aus

Darstellung einer Audienz am Kammergericht in Wetzlar

Kupferstich von Peter Fehr (1681–1740), um 1735

Städtische Sammlungen Wetzlar

Impressum:

Herausgeber: Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung e.V.

Redaktion: Anette Baumann

Layout: Anette Baumann, Andrea Müller

Druck: Druckerei Bechstein, Wetzlar

ISBN 3-935279-41-8



